

**„Warum wir ohne Werte nicht leben können“**  
**Referat von Dr. Hans-Jochen Vogel**  
**auf Einladung des Lyons Clubs Ebersberg am 13. November 2011, 17.00 Uhr**

Anrede

1.

Wegen meines nun doch schon fortgeschritteneren Alters, aber auch wegen meiner gesundheitlichen Verhältnisse muss ich mich mit der Übernahme auswärtiger Verpflichtungen seit geraumer Zeit stärker zurückhalten als früher. Deshalb kann ich entsprechende Einladungen nur noch in besonderen Fällen und dann auch nur mit einem gesundheitlichen Vorbehalt annehmen. Dies ist heute aber schon deshalb ein besonderer Fall, weil mir die Einladung von Ihnen, lieber Herr Strack, übermittelt wurde und ich mich immer wieder gerne an unser ökumenisches Engagement für die Renovierung von St. Lukas während Ihrer Zeit als Münchner Stadtdekan erinnere. Außerdem sind mir die Lyons Clubs schon lange durchaus ein Begriff; und das gerade auch wegen der Unterstützung, die sie kontinuierlich sozialen Einrichtungen zuteilwerden lassen. Womit wir eigentlich schon ein wenig beim Thema wären.

2.

Aber nun zur Sache.

Die gegenwärtige Krise hat Fragen wieder lebendig werden lassen, die längere Zeit nur am Rande erörtert worden sind. So beispielsweise ganz konkret die Frage, woran sich Führungspersonen im Bankenbereich und ganz allgemein in der Wirtschaft eigentlich orientieren sollten. Ob es nur um den eigenen Vorteil oder den maximalen Gewinn des jeweiligen Unternehmens geht oder ob Führung auch Verantwortung gegenüber den Mitmenschen und dem Gemeinwesen bedeutet.

Für andere gesellschaftliche Bereiche - etwa für die Politik und die Kirchen - wird die von mir soeben gestellte Frage zwar im allgemeinen bejaht. Aber auch hier erscheint es angebracht, den Grundlagen für dieses Ja immer wieder nachzugehen und die maßgebenden Kriterien in Erinnerung zu rufen. Das hat ja übrigens kürzlich auch Benedikt XVI. in seiner Bundestagsrede auf seine Weise getan. Diese Kriterien sollten übrigens auch für die individuelle Lebensführung eine Rolle spielen. Und solche Kriterien sind letzten Endes die Werte, die vom einzelnen und von der Gesellschaft insgesamt als verbindlich anerkannt werden. Diesen Zusammenhängen soll im folgenden nachgegangen werden. Dabei kann es sich nicht um wissenschaftliche Grundsatzuntersuchungen, sondern nur um Bemerkungen eines politischen Praktikers handeln, der in all' seinen öffentlichen Funktionen stets aufs Neue der Frage nach den für die Orientierung seines Handelns maßgebenden Kriterien - also der Wertefrage - begegnet ist. Die Überschrift meines Vortrags - sie lautet bekanntlich „Warum wir ohne Werte nicht leben können“ - ist in diesem Sinne als eine Schlussfolgerung zu verstehen, die meiner Ansicht nach allgemeine Geltung beanspruchen kann.

3.

Schon die Frage, ob wir denn eine Orientierung an Werten - wohl gemerkt an ethischen Werten - überhaupt brauchen, ist im Grunde bereits eine Wertefrage, die sich auch mit der Frage nach dem Sinn unseres Daseins verknüpft. Denn nur, wer sie bejaht, wird sich dann im einzelnen mit dem Begriff und dem Inhalt von Werten auseinandersetzen. Natürlich wird die große Mehrheit rechtlich-verbindliche Regeln schon ihrer Sanktionierung wegen auch ohne Werterwägungen befolgen. Aber wie verhält es sich in den Freiräumen, die von rechtlichen Regelungen nicht erfasst sind? Soll man - etwa mit der Begründung „so etwas tut man nicht!“ - rechtlich nicht Verbotenes unterlassen? Und was gilt in den Grundfragen des menschlichen Daseins und den sich daraus ergebenden Folgerungen? Wie belastbar sind

einmal getroffene Entscheidungen? Was auch wird im Rahmen der Erziehung an die jüngere Generation weitergegeben?

Manche meinen, es gelte der Grundsatz der Beliebigkeit. Alles gehe und auf nichts komme es an, wenn es nur Spaß mache. Das ist ein ausgesprochen egozentrischer Ansatz, der für soziale Bindungen und für die Gedanken einer Verantwortung für andere oder gar eine Mitverantwortung für das Gemeinwesen kaum Raum lässt. Selbst die Vorstellung, man habe für das eigene Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen, erscheint da eher befremdlich. Aus diesen Gründen wird einer solchen Denkungsart, einem solchen Selbstverständnis auch die Annahme, mit dem Tod sei alles zu Ende, näher liegen als die Annahme, es gebe ein Fortleben nach dem Tode. Andere sehen das maßgebliche Kriterium im materiellen Gewinn, also in der Höhe des Einkommens und des eigenen Vermögens. Oder auch in der Macht, die sie über andere ausüben können. Daraus leiten sie dann ihren Lebenserfolg und die Intensität ihres Selbstbewusstseins ab. Alles andere tritt demgegenüber zurück. Auch das ist ein egozentrischer Ansatz.

Ein Gemeinwesen ruht auf einem brüchigen Fundament, wenn solche Auffassungen stärker verbreitet sind. Beliebigkeit wird dann zur Unberechenbarkeit. Sorgen für die Schwächeren und Leistungen für die Allgemeinheit können dann nur erzwungen werden. Die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen verlieren an Haltbarkeit und Verlässlichkeit. Und der einzelne, der so denkt, wird auf die Frage nach dem guten, dem gelingenden Leben nur mit dem Streben nach einem Maximum an Spaß und Lustgewinn antworten.

Wer das alles vermeiden will, braucht Orientierung. Orientierung an den Werten, die ihm ein Urteil über falsch und richtig, über gut und böse ermöglichen. Das braucht auch das Gemeinwesen. Im besonderen Maße brauchen es diejenigen, die auf das Gemeinwesen einwirken können. Sei es, weil sie politische Macht ausüben oder weil sie über andere Einwirkungsmöglichkeiten verfügen; etwa publizistischer oder auch technischer oder eben ökonomischer Art. Und sie brauchen es umso mehr, je stärker und weitreichender ihre Einwirkungsmöglichkeiten sind. Im gleichen Maße wächst übrigens auch ihre Vorbildfunktion. Notwendig ist auch deshalb eine Verständigung über die orientierungsgebenden Werte.

#### 4.

Welche Werte sollen nun maßgebend sein? Hier ist zunächst ein Versuch am Platze, den Begriff „Wert“ zu definieren. Solche Definitionen gibt es in größerer Zahl. Philosophen sprechen davon, dass der Wert als abstrakte Gutheit mit dem konkreten Guten zusammenfällt. Auch vom Wert als Haltung ist die Rede, mit der der Mensch auf das Gute antwortet. Andere meinen, Werte seien positive Vorstellungen über erreichbare Lebenszustände. Für mich sind Werte Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und für ein gemeinschaftliches Handeln, das diese Wirklichkeit zum Besseren verändern oder ihre Verschlechterung abwenden will. Sie sind also Kriterien für die Beurteilung unseres individuellen, aber auch des gemeinschaftlichen - insbesondere des politischen - Tuns und Handelns.

Es würde zu weit führen, hier einen umfassenden Katalog relevanter Werte aufzustellen. Als wichtigste erscheinen mir die Menschenwürde, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Solidarität und der Friede. Das zeigt schon, dass Werte nicht mit Tugenden identisch sind. Zu diesen zählen die Tapferkeit, die Besonnenheit oder auch Mäßigung, die Klugheit und die Gerechtigkeitsliebe als die sogenannten Kardinaltugenden. Damit werden individuelle Eigenschaften umschrieben, die durch Übung erworben werden können. Eigenschaften, die es leichter machen, sich an den genannten Werten zu orientieren. Hierher gehören auch die sogenannten Sekundärtugenden - also beispielsweise Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Ordnungsliebe, Genauigkeit, Zuverlässigkeit, Höflichkeit - um nur einige zu nennen. Auch sie sind keine Werte an sich. Sondern Hilfseigenschaften, die für die Realisierung von Werten bedeutsam sein können.

Gibt es über die von mir genannten Werte in unserem Land ein generelles Einvernehmen? Wer diese Frage mit einiger Genauigkeit beantworten wollte, müsste eine sehr breite Befragung durchführen. Nach meinem Eindruck würde eine deutliche Mehrheit mit „Ja“

antworten. Unabhängig davon liegen diese Werte jedenfalls der Grundordnung unseres Gemeinwesens zu Grunde - nämlich unserem Grundgesetz. Unsere Verfassung ist eben nicht nur eine Zusammenstellung von Zuständigkeits-, Organisations- und Verfahrensvorschriften, sondern zunächst eine Wertordnung.

Der zentrale Wert der Menschenwürde steht beispielsweise gleich im ersten Satz des ersten Artikels des Grundgesetzes. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es dort. Und der zweite Absatz des Artikels fährt fort: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Das sind zugleich substantielle Antworten, die die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Ideologie des menschenverachtenden NS-Gewaltregimes und seine maßlosen Verbrechen gegeben haben.

Übrigens findet sich eine solche Antwort auch schon in der Bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946. Da heißt es nämlich in der Präambel „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs geführt hat ..... gibt sich das bayerische Volk eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte nachstehende Verfassung“. Und ganz konkret in Art. 100 „Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zu achten“.

Im Grundgesetz – und in ihrer Weise ebenso in der Bayerischen Verfassung - haben aber auch die anderen von mir erwähnten Werte ihren Niederschlag gefunden. Die Freiheit der Person und ihre Handlungsfreiheit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt, im Artikel 2. Die Gerechtigkeit in Gestalt des Rechtsstaatsprinzips und die Solidarität in Gestalt des Sozialstaatsprinzips im Artikel 20. Und der schon in Artikel 1 Absatz 2 erwähnte Friedensgedanke noch einmal im Artikel 26 Absatz 1, in dem es heißt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören und insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Die Bedeutung der eben genannten wertgebundenen Normen wird noch dadurch unterstrichen, dass Artikel 79 Absatz 3 eine Änderung der in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze und damit auch des Demokratieprinzips für unzulässig erklärt. Man kann sie also getrost als Fundamentalnormen bezeichnen. Oder - so hat es der große sozialdemokratische Rechtspolitiker Adolf Arndt gesagt - als das Unabstimmbare, das der Verfassung vorausliegt.

Wertorientierungen lassen auch die meisten Grundrechte erkennen. So etwa die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4), der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6), die Gewährleistung des Eigentums (Art. 14) und das Asylrecht (Art. 16). Noch eine Bestimmung ist in diesem Zusammenhang eigens anzusprechen. Und das ist die Stelle in der Präambel des Grundgesetzes, an der von der „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ die Rede ist. Denn sie besagt jedenfalls, dass der Mensch nicht allwissend und allmächtig ist und dass er sein Tun und Lassen zu verantworten hat.

Keine Bestimmungen trifft das Grundgesetz darüber, aus welchen Überzeugungen und mit welchen Begründungen die Werte abgeleitet sind. Das ist Sache jedes einzelnen. Ein Zwang, wie er in früheren Jahrhunderten in dieser Hinsicht auch im Abendland ausgeübt worden ist, würde nach heutigem Verständnis die Menschenwürde verletzen. Für mich liefert die christliche Botschaft, also meine Religion, die überzeugendste Begründung. Das gilt schon für den Hauptgrundwert der Menschenwürde. Den sehe ich in der biblischen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen verankert. „Nach seinem Bilde schuf er ihn“ steht dort im Buch Genesis geschrieben. Das verbietet mir, Menschen als Objekt, also als Mittel zum Zweck zu instrumentalisieren. Es verbietet meines Erachtens auch - um ein aktuelles Beispiel zu nennen - Menschen mit Hilfe der Gentechnik sozusagen auf Bestellung und Vorrat mit den jeweils gewünschten Eigenschaften und Fähigkeiten herzustellen. Denn

damit würde der Mensch zum Produkt und die Zeugung zur Produktion, für die dann die Regeln der Produktoptimierung, der Produktkontrolle und der Aussonderung misslungener Produkte gelten.

Ein Christ sieht sich darüber hinaus zur Begründung der in Rede stehenden Werte ganz generell auf das gesamte Evangelium und insbesondere auf die zehn Gebote, aber auch auf die Bergpredigt verwiesen. Nicht in dem Sinne, dass sich daraus konkrete Rezepte ableiten ließen. Das tun ja auch die kirchlichen Soziallehren nicht. Aber doch in dem Sinne, dass allem Handeln und folglich auch dem politischen Handeln ein Rahmen vorgegeben ist und jeder Führungsperson gesagt wird, wie sie mit Mitmenschen umgehen soll und wie sie mit ihnen nicht umgehen darf. Hierher gehört ganz speziell das Gebot „Liebe Deinen nächsten wie Dich selbst!“ - also das Gebot der Nächstenliebe, das der Begriff der Solidarität sozusagen in die säkulare Sprache übersetzt. Recht verstanden bedeutet es übrigens nicht, dass ich mir nicht auch selbst Gutes tun dürfte. Aber eben stets nur in dem Maße, in dem ich Gutes auch meinen Mitmenschen zuteil werden lasse.

Die Berufung auf ihren Glauben soll Christen Sicherheit geben. Er soll ihnen aber kein Überlegenheitsgefühl gegenüber denen verleihen, die sich auf andere Begründungen beziehen. Auf den Kant'schen kategorischen Imperativ zum Beispiel. Oder auf den Humanismus. Oder auf andere Religionen, denen sie angehören. Hier gilt das Gebot der Toleranz, soweit nicht im Einzelfall aus diesen Begründungen Positionen abgeleitet werden, die unserer Verfassung widersprechen. Toleranz heißt dabei nicht Gleichgültigkeit. Sondern Vertretung der eigenen Überzeugung, die sich mit Respekt gegenüber dem anderen verbindet und wechselseitig zum Nachdenken Anlass gibt. Seit dem Zweiten Vatikanum ist das ja auch der offizielle Standpunkt der katholischen Kirche.

## 5.

Ist die Geltung der in Rede stehenden Werte gefährdet? Gehören sie der Vergangenheit an? Manche überschlagen sich da mit negativen Prognosen und reden ganz allgemein von einem fortschreitenden Werteverfall. Diese pauschalen Urteile erscheinen mir übertrieben. Aber es gibt durchaus Entwicklungen, denen es zu begegnen gilt.

Nicht zu diesen Entwicklungen gehören die Prozesse, die mit dem Begriff „Pluralisierung“ und „Individualisierung“ bezeichnet werden. Zur Pluralisierung - wohl gemerkt der Begründungen - ist das Notwendige soeben schon dargelegt worden. Und die Individualisierung bedeutet ja zunächst einmal nichts anderes, als dass der einzelne selber nachdenkt und sich dann eine eigene Überzeugung bildet und nicht einfach eine vorgegebene Einstellung übernimmt, weil er in einem Milieu aufwächst, das ihm keine andere Wahl lässt. Darin kann ich, so lange Individualisierung nicht zur Isolierung und damit zum Verlust der sozialen Kontakte führt, nichts Schlechtes sehen, zumal sich diese Milieus - und damit auch die stummen Zwänge, die von ihnen ausgehen - mehr und mehr auflösen. Natürlich kann das eine Abnahme der formellen Mitgliedschaften - etwa der Kirchenmitgliedschaften, aber auch der Gewerkschafts- und der Parteimitgliedschaften - bewirken. Aber einer, der kraft eigenen Nachdenkens zu einer festen Überzeugung gelangt ist und diese dann auch entsprechend vertritt, ist allemal ernster zu nehmen als eine Mehrzahl, deren Verwurzelung eher an der Oberfläche bleibt. Außerdem sollte man bei der quantitativen Betrachtung der Kirchenmitgliedschaft nicht vergessen: In den Jahren 1933 bis 1945 lag der Anteil der Mitglieder der beiden großen christlichen Kirchen weit über 90 Prozent. Die Katastrophe hat das nicht verhindert.

Aber es gibt durchaus aktuelle Gefährdungen unserer Werteordnung. Zu denken ist dabei an die Beschleunigung aller Prozesse, an die steigende Flut von Informationen und Reizen und im besonderen an die wachsende Rolle des Marktes, der sich mehr und mehr zur maßgebenden Entscheidungsinstanz aufschwingt, und die damit verbundene zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Die Akzeleration, die sich im technischen Bereich mitunter geradezu überstürzt, droht die Menschen zu überfordern. Sie verlangt von ihnen immer mehr Mobilität und immer mehr Flexibilität. Sie sollen zumindest ihre Arbeitsorte rasch wechseln. Und die Art ihrer Tätigkeit

kontinuierlich verändern können und überall und zu jeder Zeit erreichbar sein. Das beraubt sie des Haltes, dessen sie in ihrem sozialen Umfeld bedürfen, und macht sie in extremen Fällen zu Spielbällen der Kräfte, die von außen her auf sie einwirken.

Die Flut von Informationen und Reizen macht es dem Menschen schwer, ein klares Bild von den Ereignissen zu gewinnen und zu erkennen, wer jeweils für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Reize gehen wiederum primär von elektronischen, aber auch von den sogenannten Boulevard-Medien aus, die sich von Event zu Event forthangeln, eine Skandalisierung an die andere reihen und so einen Bewusstseinszustand nicht ganz weniger herbeiführen, der sich mit Virtualität lieber beschäftigt als mit Realität, der letzten Endes ins Leere geht, keine Visionen mehr sieht und auch sonst der Orientierung ermangelt. Oder sich gar an Gewaltdarstellungen berauscht.

Am gefährlichsten erscheint mir indes die durch die Globalisierung geförderte umfassende Ökonomisierung, das heißt die Entwicklung, die dem Markt wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen überlässt und ihn aus einem unentbehrlichen, anderen Wirtschaftsordnungen überlegenen Instrument zum bestimmenden Faktor werden lässt, obwohl er für die sozialen und ökologischen Folgen seiner Entscheidungen blind ist und sich eben nicht an den von mir eingangs genannten Werten orientiert. Der materielle Erfolg wird damit zum entscheidenden Kriterium. Und der shareholder-value - also der Aktienwert, der durch exzessive Gewinnziele und oft genug durch den Abbau von Arbeitsplätzen gesteigert wird - zu dem „Wert“, der alle wirklichen Werte verdrängt. Folgerichtig wird dann vom Menschen als vom „Humankapital“ gesprochen. Und das alles dringt mehr und mehr auch in Lebensbereiche vor, in denen das ökonomische Prinzip nichts zu suchen hat. Der Spitzensport mit seiner Dopingproblematik möge als Indiz dafür genügen. Das alles läuft auf eine Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, auf einen Abbau der sozialen Sicherungssysteme und auf eine Erschütterung des durch Langzeitarbeitslosigkeit ohnehin gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalts hinaus. Was die Kluft zwischen Arm und Reich angeht, ist diese auch weltweit relevant, weil es die schon jetzt elementar ungerechte Verteilung von Wohlstand und Macht auf unserem Planeten weiter verschärft und sogar dazu führt, dass Verzweifelte Gewalt anwenden, zumindest aber mit ihr sympathisieren.

Ein weiteres und zur Zeit besonders aktuelles Beispiel ist die Finanzmarktkrise. Sie ist zunächst durch ein maßloses Gewinnstreben verursacht worden. Ein Gewinnstreben von Banken und von Hedgefonds, die immer neue Spekulationsinstrumente erfanden und eine immer weitere Deregulierung – also die Aufhebung staatlicher Rahmenbedingungen – forderten und diese Forderungen auch in erheblichem Umfang durchsetzten. Leider in bestimmten Punkten auch schon vor 2005 und auch bei uns. Das Volumen der weltweiten Finanzgeschäfte betrug schon 1990 ein Vielfaches der Weltwirtschafts-Jahresleistung. Inzwischen ist es dank der Maßlosigkeit der Marktradikalen noch einmal enorm gestiegen.

Eine Rolle spielte aber auch die Gewinnsucht nicht weniger Manager, deren Vergütungen in den vergangenen Jahren um bis zu 300 Prozent zugenommen haben. Galt bis in die achtziger Jahre, dass das Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden das Zwanzigfache eines Facharbeiterlohns nicht übersteigen sollte, ist heute in manchen Unternehmen das Zweihundertfache üblich. Übrigens: Herr Ackermann hätte von seinem Einkommen in bestimmten Jahren 47 Bundesminister bezahlen können!

Zur Bewältigung dieser Krise bedarf es klarer und strikter Rahmenbedingungen und entsprechender staatlicher Regelungen, die sich an der von mir soeben dargestellten Wertordnung orientieren. Einige sind schon jetzt auf nationaler Ebene möglich und zum einen Teil auch bereits in Angriff genommen. Andere müssen auf europäischer oder sogar auf globaler Ebene getroffen werden, weil nationale Regelungen sonst umgangen werden könnten. Insgesamt geht es um die Wiederherstellung der staatlichen Verantwortung und darum, dass die demokratisch legitimierten Organe und nicht die Marktmächtigen das letzte Wort haben. Dafür demonstrieren ja seit einiger Zeit auch junge Menschen nicht nur in der Wall Street und der Londoner City, sondern weltweit.

Zur Finanzmarktkrise ist inzwischen die Eurokrise hinzugetreten. Auch zu ihr möchte ich schon deshalb einige Bemerkungen machen, weil sie für uns fundamentale Bedeutung hat und uns noch lange beschäftigen wird. Sie ist zu einem Teil durch die Finanzmarktkrise, zum größeren Teil aber durch die Verschuldungspolitik einzelner Mitgliedstaaten der Eurozone verursacht. In der Frage, was jetzt zu tun ist, stehen sich zwei Meinungen diametral gegenüber. Die eine behauptet, um noch höhere Risiken für den Bundeshaushalt zu vermeiden, müsse notfalls das Auseinanderbrechen der Eurozone und sogar die Rückkehr zu den nationalen Währungen in Kauf genommen werden. Die andere – und die vertrete ich mit Entschiedenheit – will zwar auch die eigenen Risiken begrenzen, sie will aber den Zusammenbruch des Euro auf jeden Fall verhindern. Und das aus zwei Gründen:

Einmal hätte die Rückkehr zur D-Mark gerade für uns als Exportnation und deshalb verheerende Folgen, weil sie mit einer stürmischen Aufwertung der D-Mark einherginge (Beispiel Schweiz). Zum anderen würde der Zusammenbruch der Europäischen Union insgesamt einen schweren Schlag versetzen und bewirken, dass sie an internationalem Gewicht gerade in einer Zeit verliert, in der die Multipolarität ein einiges Europa fordert. Wer glaubt, wir könnten uns – etwa mit unserer Währung – auch allein gegenüber den Vereinigten Staaten, Russland, China und Indien und demnächst vielleicht auch gegenüber Brasilien behaupten, erliegt einem fundamentalen Irrtum. (Volksentscheid in Griechenland.)

Die Krise muss deshalb genutzt werden, um die Einigung Europas weiter voranzutreiben. Die Einführung des Euro war ein notwendiger und begrüßenswerter erster Schritt. Jetzt muss das folgen, ohne das eine gemeinsame Währung nicht auf Dauer bestehen kann – nämlich eine gemeinsame europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Und ebenso brauchen wir eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die da überwunden werden müssen. Ich kenne auch die Grenzen, die das Bundesverfassungsgericht gezogen hat. Aber ich weiß auch, was wir der europäischen Einigung verdanken. Unter anderem, dass wir in Europa seit sechzig Jahren in Frieden leben. Dass Frieden in einem Kontinent selbstverständlich geworden ist, in dem über Jahrhunderte Krieg selbstverständlich war. Übrigens darf ich daran erinnern, dass die deutsche Sozialdemokratie schon in ihrem Heidelberger Programm von 1925 gerade auf dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges die Vision der Vereinigten Staaten von Europa artikuliert hat.

Es ist also notwendiger denn je, auf die Wertordnung insgesamt und die konkreten Werte zurückzugreifen. Und ihre Begründungen in die Diskussion einzubringen. Die christliche zumal. Böckenförde, der große Verfassungsrechtler, hat doch Recht, wenn er sagt, dass der Staat – jedenfalls allein – die Voraussetzungen nicht schaffen kann, von denen seine Verfassungsordnung lebt. Dazu bedarf es des Engagements seiner Bürgerinnen und Bürger, der gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen und insbesondere der Kirchen. Dazu bedarf es eigener Initiativen, die glaubwürdige Beispiele setzen. Dazu bedarf es eben auch des Widerspruchs und des Protestes. Und es bedarf politischer Parteien, die auf die Frage nach dem Wertbezug ihrer Politik antworten, den Menschen aber auch über die Grenzen ihrer Möglichkeiten reinen Wein einschenken.

Ich sprach bisher vor allem von der Notwendigkeit, den Werten im ökonomischen Bereich wieder Geltung zu verschaffen. Es sollten aber auch die Antworten auf andere große Herausforderungen stärker als bisher unter dem Aspekt der Wertordnung erarbeitet und umgesetzt werden. So etwa die Antworten auf den Klimawandel oder auf die demographischen Veränderungen. Ja sogar die Frage, oder der Erfolg einer Volkswirtschaft und der Zustand eines Gemeinwesens wirklich weiterhin primär am Bruttosozialprodukt gemessen werden müssen, sollte unter diesem Aspekt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dazu würde dann letzten Endes auch die weitere Frage gehören, ob ein in alle Zukunft fortgesetztes quantitatives Wachstum wirklich als höchste Zielmarke Geltung beanspruchen kann oder ob es nicht an der Zeit wäre, auch über ein qualitatives Wachstum zu reden. Es würde indes den Rahmen sprengen, wenn ich auch darauf noch näher eingehen wollte. Aber ich wollte diese Themen wenigstens erwähnen.

## 6.

Vielleicht ist durch die bisherige Ausführung deutlich geworden, warum wir ohne Werte nicht leben können. Als Gemeinwesen nicht und als Individuen nicht. Jedenfalls kein Leben führen können, an dessen Ende wir bei aller Fehlsamkeit und allem Versagen doch mit uns selbst einigermaßen im reinen sind.

Wer dem zustimmt, darf nicht beiseite stehen. Er darf sich nicht auf die Äußerung beschränken „Die da oben“ oder noch trivialer „man“ müsste etwas tun. Er muss sich selber für die Wertordnung unseres Gemeinwesens engagieren. Und denen entgegentreten, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Kürzlich gab es dafür in München ein eindrucksvolles und zugleich tief bewegendes Beispiel. Ich meine den Einsatz von Dominik Brunner für vier bedrohte Kinder, bei dem er sein Leben riskierte und schließlich verlor. Es ist gut, dass ihm allseits Respekt bekundet wird. Aber er hinterlässt uns auch ein Vermächtnis. Nämlich die Mahnung, so zu handeln, wie es unsere Wertordnung gebietet. Nicht wegzuschauen, nicht nur an uns selber zu denken, sondern sich einzubringen und zu handeln. Wir sollten diese Mahnung erst nehmen!

Das könnte dann auch zu einer Korrektur der harten Feststellung führen, die der große Schriftsteller John Steinbeck so artikuliert hat: „Die Dinge, die wir an den Menschen bewundern, Freundlichkeit und Großzügigkeit, Offenheit, Aufrichtigkeit, Verständnis und Mitgefühl, sind in unserem System die Begleiterscheinungen (Begleitumstände) des Versagens.“

Und jene Charakterzüge, die wir verabscheuen, Härte, Habgier, Gewinnsucht, Niedertracht, Egoismus und Eigennutz, sind die Merkmale des Erfolgs.

Und während die Menschen die Qualität von ersterem bewundern, lieben sie doch das Produkt (Ergebnis) von letzterem.“

Dies zu ändern sind wir alle aufgerufen. Denn es sind gerade die Werte, die uns zusammenhalten!